

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Zwei Setzungsstunden und in allen Kassen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich drei Mark 20 Pf. (halbjährlich 12 Mark), durch die Post bezogen monatlich 2 Mark. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft  
Schriftleitung: Dresden-N., Osterbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 Mark, für Familienanzeigen 0,20 Mark für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1,50 Mark. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Osterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 12. Januar 1928 Nummer 10

## Das Rostke-Aufgebot

### Gustav bestätigt die Kandidatur

Die Volkszeitung gibt ein Interview ihres hannoverischen Vertreters mit Gustav Rostke wieder, das dieser demselben bezüglich seiner Reichstagskandidatur gewährte. Das Interview bedeutet eine klärende Ohrfeige für den Vorwärts und den SPD-Parteivorstand, der noch vor einigen Tagen die Kandidatur Rostkes „bementierte“. Rostke behauptet zwar auch in seinem Interview, daß er noch nicht als Reichstagskandidat aufgestellt ist. Das haben wir auch niemals behauptet. Im übrigen aber bestätigt er alles, was wir über seine Kandidatur sagten. Er erklärte:

„Ich bin als Reichstagskandidat nicht aufgestellt worden. Wichtig ist lediglich, daß an mich wiederholt die Frage gerichtet worden ist, ob ich evtl. geneigt sein würde, zu kandidieren. Das habe ich nicht grundsätzlich abgelehnt und lehne ich nicht grundsätzlich ab. Wenn ich jetzt lese, daß meine Kandidatur für die Sozialdemokratische Partei untragbar sei und unfehlbar großen Stimmenverlust zur Folge haben müßte, so ist das lediglich eine Auffassung, die aus den Kreisen kommt, die früher meine schärfsten politischen Widersacher waren.“

Die Ankerkreise stehen in einem merkwürdigen Widerspruch zu der Tatsache, daß ich aus den verschiedensten Teilen des Reiches immer wieder gedrängt werde, in Versammlungen zu sprechen. In den oerhältnismäßig wenigen Fällen, in denen ich solchen Aufforderungen folgte, wiesen diese Versammlungen riesenhafte Besuche auf. Es ist mir hinterher wiederholt ausdrücklich in Dankschreiben bestätigt worden, daß die erzielten Erfolge nicht zuletzt meiner Mitwirkung zu danken gewesen seien. Ich sehe dem Spektakel in einem Teil der Presse mit heiterer Gelassenheit zu und denke nicht daran, mich auf Auseinandersetzungen vorerst einzulassen.“

Rostke schaut mit „heiterer Gelassenheit“ zu. Er hat die Absicht, zu kandidieren. Der Spektakel wird ja nur von seinen früheren schärfsten Widersachern aufgeführt. Das heißt deutlich genug ausgesprochen, daß die anderen, die nicht seine früheren Widersacher sind, also der Parteivorstand, nicht gegen seine Kandidatur ist. Das ist die Bestätigung unserer Behauptung, wegen der die Volkszeitung uns wütend angriff. Daß Rostke noch nicht aufgestellt ist, haben wir selber festgestellt, aber er hat die Absicht, zu kandidieren, und die Parteileitung der SPD ist nicht dagegen. Die eigenen Feststellungen Rostkes schlagen dem verlogenen Geschrei der Volkszeitung ins Gesicht. Diese sogenannten Linken müssen jetzt schon einen anderen Dreh finden,

um ihren Anhängern klarzumachen, daß die Kommunisten „unrecht“ haben.

Die Kommunisten haben, wie auch beim Schußgefecht, wie bei der Frage der Reichstagsauflösung, der angeblichen Unstimmigkeit des Bürgerblocks, auch Recht behalten in der Frage der Rostkekandidatur.

Diese SPD-Führer können in Anbetracht der Tatsachen nicht erklären, es handle sich um eine häusliche Angelegenheit der SPD. Die SPD buhlt ja um die Stimmen auch der Arbeiter, die nicht in der SPD sind. Die Kandidatur Rostkes ist eine für die gesamte Arbeiterschaft eminente politische Frage. Wir haben schon gezeigt, was diese Kandidatur bedeutet, Vorkurs gegen die Arbeiter, Bündnisangebot der SPD-Führer an die brutalsten Klassenfeinde, Belohnung, jeden Diktaturkurs gegen die revolutionären Arbeiter mitzumachen. Das aber geht die gesamte Arbeiterschaft an. Die SPD-Zeitungen verzüchten, kramphast die Tatsache des Parteivorstandes zu vertuschen. Ganze Seiten über die Verbannung der Trotski und Genossen müssen zu diesem Zweck herhalten. Daneben werden die Arbeiter plump angelogen. An den Behauptungen der Kommunisten sei kein wahres Wort. Heute deckt die Erklärung Rostkes selbst die Verlogenheit der Volkszeitung, der gesamten rechten und „linken“ Blätter, die erklärten, es sei „kein wahres Wort“ an Rostkes Kandidaturabstufen, auf. Wir wollen auch hier nochmals feststellen, daß vor uns der Klassenkampf, das Organ der sogenannten linken Führer der SPD die Meldung von der Rostkekandidatur brachte. „Rostke auté Vorias“ schrieb damals der Klassenkampf. Auch diese Meldung, die in allen SPD-Zeitungen schon besprochen, nirgends abgelehnt wurde, führten sich unsere Meldungen. Der Vorwärts schwieg, ebenso schwieg die Volkszeitung. Erst als der Parteivorstand seine verlogene Erklärung herausgab, fand auch die Volkszeitung die Sprache. Sie erklärte, Rostkes Kandidatur gehe uns nichts an, sie bettelt Rostke an, nicht zu kandidieren.

Rostke hat jetzt geantwortet, er denkt nicht daran, zu verzichten. Er erheitert sich über die „linken“ Maulhelden. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die auf die verlogene Erklärung der Volkszeitung noch hereingefallen sind, die noch behaupteten, daß keineswegs Rostke aufgestellt werde, sehen hier, daß Rostke selbst erklärt, er denke daran zu kandidieren. Die Ausführungen Rostkes zeigen, daß der Parteivorstand zu Rostke steht. Nicht die verlogenen Erklärungen der SPD-Zeitungen verhindern den Rostkekurs, verhindern Rostkes Kandidatur. Nur der Einrückungssturm der Massen kann die Kandidatur Rostkes verhindern. Aber auch dann wird die SPD den Rostkekurs feuern. Die Massen der Arbeiter müssen sich abwenden von dieser Partei des Verrats, des Betrugs und der Koalition mit den Kapitalisten.

### Mexiko und der amerikanische Imperialismus

Der Entschluß der mexikanischen Regierung, die Petroleum-Gesetze im Sinne der Forderungen der amerikanischen Regierung zu revidieren, schließt zunächst eine Periode schwerer innerer und äußerer Kämpfe ab, die die letzten Jahre erfüllten. Schon seit über 50 Jahren griffen die Vereinigten Staaten in alle inneren Auseinandersetzungen des Landes ein, suchten die scharfen Klassengegensätze zwischen den spanischen Großgrundbesitzern und der Masse der entrechteten indianischen Bauern für ihre Zwecke auszunutzen, indem sie jede mexikanische Regierung zum Sturz brachten, die nicht geneigt war, dem amerikanischen Handel ein faktisches Monopol zu gewähren. Seit der Entdeckung der mexikanischen Erdölvorkommen und noch mehr seit der Feststellung der Amerikaner, daß ihre eigenen Petroleumreserven nur noch auf wenige Jahrzehnte reichen und dringend der mexikanischen Ergänzung bedürftig, hat sich diese Lage weiter verschärft; amerikanische Petroleumgesellschaften suchten in Mexiko Fuß, investierten im Laufe der Zeit Riesensummen, die schon vor dem Kriege 800, heute wohl bereits über 1200 Millionen Dollar erreichten. Andererseits erwarben auch englische Gesellschaften (die der Gruppe Shell-Kompanie angehören) in Mexiko Petroleumfelder — und es lag nahe, daß die wechselnden mexikanischen Regierungen gegenüber diesen ausländischen Einflüssen eine gewisse Unabhängigkeit zu bewahren suchten, indem sie englisches und amerikanisches Kapital gegeneinander ausspielten. Der amerikanische Imperialismus hatte demgegenüber einerseits die finanziellen Machtpositionen zur Verfügung, die ihm dadurch gegeben waren, daß er zur Sanierung der bankrotten mexikanischen Staatsfinanzen immer wieder große Anleihen gewähren mußte — andererseits gab es direkte Mittel: sobald eine mexikanische Regierung dem englischen Kapital allzu sehr entgegenkommen wollte, unterstützte Amerika durch Waffenlieferungen, gelegentlich auch durch Entsendung von Freischützern eine mexikanische „Revolution“, die dann auch prompt zum Sturze der bekämpften Regierung und zur Einsetzung einer neuen führte. Aber indem der amerikanische Imperialismus die andauernden mexikanischen „Revolutionen“, d. h. Generalputsche finanzierte, schuf er sich seinen schärfsten Feind: die wirkliche Revolution. Allmählig begannen die Bauern, die bisher nur das Kanonenfutter für putzende Generale abgegeben hatten, endlich in Bewegung zu kommen: Oregons Gruppe konnte schon nur mehr mit ihrer Hilfe die Macht erobern, und was wichtiger war, gegen den Widerstand der Großgrundbesitzer und der sie unterstützenden katholischen Kirche behaupten. Gleichzeitig machte besonders seit dem Kriege die Industrialisierung des Landes gemaltige Fortschritte: die mächtige — obwohl durchaus reformtätig eingestellte — und von den Comproleten stark beeinflusste Gewerkschaftsbewegung wurde zu einer Hauptmacht im Lande, auf die sich die Regierung stützen mußte, wenn sie mit den von der Kirche im Interesse der Junker organisierten Aufständigen fertig werden wollte. Es gelang — aber nur zwang der Druck der mobilisierten Massen die Regierung dazu, die Versprechungen, die man im Laufe der aufeinanderfolgenden Revolutionen gemacht hatte, zu verwirklichen: 1924/25 wurden die Gesetze beschlossen, die die politische Macht der katholischen Kirche und den Analphabetismus, ihre Hauptstütze, brechen sollten — und unmittelbar darauf wurde beschlossen, die den Großgrundbesitzern enteignenden Bestimmungen der Verfassung von 1917 (die damals unter Carranza als leere Versprechung an die ausländischen Bauern beschlossen worden war) mit Ende des Jahres 1925 in Kraft treten zu lassen.

Die heiligsten Güter der amerikanischen Nation waren gefährdet — die Regierung propagierte unter dem Einfluß der Petroleumgesellschaften mit allen Mitteln einen Konflikt mit Mexiko. Zunächst fielen amerikanische Truppen im November 1926 in Nicaragua ein, um Mexiko, so wie von Norden, auch von Süden umkammern zu können. Dann begann die Pressehege gegen Mexiko, das angeblich den nicaraguanischen Widerstand gegen den amerikanischen Imperialismus unterstützt hatte, es folgten Drohreden: Ende Dezember des Jahres 1926 beschloßen die Petroleumgesellschaften, sich der neuen Bodengehegehung nicht zu unterwerfen — und die mexikanische Bourgeoisie, die auf die Gegensätze zwischen dem englischen und dem amerikanischen Erdölkapital spekuliert hatte, erlitt die erste große Enttäuschung: angesichts der allgemeinen Machtverhältnisse und angesichts seines Bestrebens, in China freie Hand zu bekommen, wagte der englische Imperialismus kein selbständiges Vorgehen; die englischen Erdölgesellschaften schlossen sich dem Vorgehen der amerikanischen an.

Anfang Januar 1927 spitzten sich die Beziehungen zu Amerika aufs äußerste zu, die amerikanische Presse eröffnete eine wüste Kampagne gegen die „bolshewistische Diktatur“ — der Krieg schien unmittelbar bevorzuziehen. In dieser Situation begann im Januar unter Führung des Erzbischofs Ibanez der Aufstand zugunsten der Großgrundbesitzer, der moralisch und durch Waffenlieferungen von Amerika her unterstützt wurde.

Wider alles Erwarten ward die amerikanische Regierung mit der Konterrevolution fertig; der Terror der bewaffneten

### Nach acht Stunden den Betrieb verlassen

**Verhärfung des Kampfes in Riesa**  
Wie uns aus Riesa-Gröba gemeldet wird, hat die Belegschaft des Eisenwerkes in Riesa-Gröba nach acht Stunden, bis auf das Martinwerk, geschlossen den Betrieb verlassen. Trotzdem die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches durch das Reichsarbeitsministerium erfolgt ist, hat sich die Belegschaft nicht beirren lassen, den Kampf um den Achtstundentag fortzusetzen. Im Martinwerk wird ja acht Stunden in drei Schichten gearbeitet. Sont sind im Betrieb nur Meister, Vorarbeiter und einzelne Personen vorhanden, die dem Kampf um den Achtstundentag ausweichen.

Wir begrüßen diesen entschlossenen Schritt der Belegschaft in Riesa-Gröba. Er zeigt, daß sich die Arbeiterschaft weder durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches durch das Reichsarbeitsministerium, noch durch die Mandate der Direktion und dem gestern von uns veröffentlichten Anschlag hat betreten lassen. Die Absicht der Direktion hat das Gegenteil erreicht. Das ist um so erfreulicher, als die Arbeiterschaft dieser Werke damit beweist, daß sie wirklich gewillt ist, ernsthaft um gewerkschaftliche Grundforderungen zu kämpfen. Aufgabe des ADGB Sachsens und vor allem des Metallarbeiterverbandes, ist es jetzt, den Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. Für die Arbeiter in der Sächsischen Gußstahlfabrik in Freital-Döhlen und im Stahlwerk Riesa muß die Kampfmaßnahme der Lauchhammerarbeiter das Signal zum Solidaritätskampf sein, keinen Tag länger darf der Kampf in Riesa isoliert bleiben. Die Belegschaften dieser Betriebe müssen sofort Stellungnahme zur Unterstützung

der Lauchhammerarbeiter erzwingen und Kampfbeschlüsse herbeiführen. Auf der ganzen Linie muß der Kampf der sächsischen Hüttenarbeiter um den Achtstundentag entbrennen.

### Kämpfe in Oberschlesien

**Breslau, 11. Jan. (Eig. Drahtbericht.)**  
Die Eisenindustriellen in Ost-Oberschlesien versuchen jetzt, genau wie ihre Kumpane in Rheinland-Westfalen, den für die Eisen- und Stahlindustrie gefällten erdarmlichen Schiedspruch noch zu verschleiern, indem sie die darin für bestimmte Arbeiterkategorien vorgesehene sofortige Einführung des Achtstundentages spätestens ab 9. Januar sabotieren. Die Arbeiterschaft hat diese Propaganda sofort damit beantwortet, daß sie in einer Reihe von Betrieben am Montag nach achtstündiger Arbeitszeit ihre Arbeitsstätten verlassen hat.

Aber auch die übrige Arbeiterschaft, für die die Durchführung des achtstündigen Arbeitstages erst bis 1. August 1928 vorgesehen ist, drängt darauf, daß die Einführung des Achtstundentages für die gesamte Arbeiterschaft sofort erfolgt. Deshalb sind die Arbeiter unter anderem in der Bismarck-, Friedens-, Königunden- und Ferrum-Hütte in den Streik getreten, die der Berichterstatter des Berliner Tageblattes als „wilde Streiks“ bezeichnet. Derselbe teilt noch mit, daß er erfahren hat, daß die Regierung ihre Verordnung nicht revidieren wird, da sie der wirtschaftlichen Lage der Hüttenindustrie Rechnung tragen muß (!!). Die Hüttenbarone drohen mit der Gesamtaussperrung der Arbeiterschaft.